

**Antrag**  
**einer europäischen Rechtsanwältin bzw.**  
**eines europäischen Rechtsanwalts**  
**auf Aufnahme in**  
**die Pfälzische Rechtsanwaltskammer Zweibrücken ( § 2 EuRAG)**

**An den**  
**Präsidenten der**  
**Pfälzischen Rechtsanwaltskammer**  
**Landauer Strasse 17**

**66482 Zweibrücken**

- Anlagen:**
1. Lebenslauf mit Lichtbild
  2. Staatsangehörigkeitsnachweis (§ 3 II 1 EuRAG)
  3. Bescheinigung der im Heimatstaat zuständigen Stelle über die Zugehörigkeit zu dem Beruf nebst beglaubigter Übersetzung (nicht älter als 3 Monate, § 3 II 2 EuRAG)
  4. Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (Original), entweder gemäß § 51 BRAO über eine im Inland abgeschlossene Versicherung oder eine gleichwertige Versicherung im Herkunftsstaat (§ 7 I EuRAG)
  5. gegebenenfalls beglaubigte Abschrift der Promotionsurkunde oder weiterer Nachweise über den Erwerb akademischer Grade

Antragsteller/in (Name, Vornamen, ggf. auch Geburtsname)	
Wohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Erreichbar unter Tel.-Nr.: Fax: Mail:
Geburtsdatum und -ort, ggf. Staat	Staatsangehörigkeit

Ich bin als Staatsangehörige(r) des Landes .....  
berechtigt, in dem Staat .....  
unter der Berufsbezeichnung ..... tätig  
zu sein und beantrage die Aufnahme in die Pfälzische Rechtsanwaltskammer  
Zweibrücken als Europäische/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt.  
Zu den weiteren Zulassungsvoraussetzungen beziehe ich mich auf die Angaben in  
dem beigegeführten Fragebogen.

Meine Kanzlei werde ich einrichten  
(Straße, Hausnummer, Ort)

\_\_\_\_\_

bei \_\_\_\_\_

an meinem Wohnsitz.

Die dortigen Telekommunikationsdaten sind:

Tel: .....

Fax: .....

E-Mail: .....

\_\_\_\_\_

Gegebenenfalls ausfüllen, sonst bitte streichen

Ich beabsichtige, eine Zweigstelle unter der Anschrift

\_\_\_\_\_

einzurichten

Die dortigen Telekommunikationsdaten sind:

Tel: .....

Fax: .....

E-Mail: .....

Ich werde die für diesen Ort zuständige Rechtsanwaltskammer .....  
unverzüglich informieren (§ 27 Abs. 3 BRAO).

\_\_\_\_\_

Ort und Datum

\_\_\_\_\_

Unterschrift

# Fragebogen

## zum Aufnahmeantrag in die Pfälzische Rechtsanwaltskammer Zweibrücken gemäß § 2 EuRAG

	Frage	Erläuterungen	Antworten Zutreffendes bitte ankreuzen und ggf. durch zusätzliche Angaben ergänzen. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, bitte vollständige Angaben auf unterschiedlichem, besonderem Blatt beifügen.
<b>1</b>	Haben Sie bereits anderweitig oder früher die Aufnahme in eine Rechtsanwaltskammer beantragt?	§ 4 I EuRAG i.V.m. § 36 a BRAO	<input type="checkbox"/> <b>nein</b> <input type="checkbox"/> <b>ja:</b>
<b>2</b>	a) Sind gegen Sie Strafen verhängt worden?  b) Haben Sie nach einer Entscheidung des BVerfG ein Grundrecht verwirkt?	Ggf. erkennende Stelle (Gericht, Staatsanwaltschaft) und Aktenzeichen angeben. Es sind auch Verurteilungen und Maßnahmen anzugeben, die nicht in ein Führungszeugnis oder ein Behördenführungszeugnis aufgenommen werden, sofern diese Verurteilungen im Bundeszentralregister nicht zu tilgen sind. § 4 I EuRAG i.V.m. §§ 7 Nrn. 1-5, 36 a BRAO	<input type="checkbox"/> <b>nein</b> <input type="checkbox"/> <b>ja:</b>  <input type="checkbox"/> <b>nein</b> <input type="checkbox"/> <b>ja:</b>
<b>3</b>	Sind gegen Sie beamten- oder richterrechtliche Disziplinarmaßnahmen oder anwaltsgerichtliche bzw. ehrengerichtliche Maßnahmen verhängt worden?	§ 4 I EuRAG i.V.m. §§ 7 Nrn. 1-5, 36 a BRAO	<input type="checkbox"/> <b>nein</b> <input type="checkbox"/> <b>ja:</b>
<b>4</b>	Sind oder waren gegen Sie auch außerhalb der Bundesrepublik a) Strafverfahren b) Disziplinarverfahren c) anwaltsgerichtliche bzw. ehrengerichtliche Verfahren oder Ermittlungsverfahren zu den o.g. Verfahrensarten anhängig, die nicht zu einer Bestrafung oder Ahndung geführt haben?	§ 4 I EuRAG i.V.m. §§ 7 Nrn. 1-5, 36 a BRAO	<input type="checkbox"/> <b>nein</b> <input type="checkbox"/> <b>ja:</b>
<b>5</b>	Haben Sie vor Antragstellung eine andere berufliche Tätigkeit als die des Anwalts ausgeübt?	Ggf. nähere Angaben auf besonderem Blatt. § 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nr. 5 BRAO	<input type="checkbox"/> <b>nein</b> <input type="checkbox"/> <b>ja:</b>



<b>12</b>	Gehören Sie in Ihrem Herkunftsstaat einem Zusammenschluss zur gemeinsamen Berufsausübung an?  Wenn ja, wie sind dessen Bezeichnung und Rechtsform?	§ 8 EuRAG	<input type="checkbox"/> <b>nein</b> <input type="checkbox"/> <b>ja:</b>
-----------	--	-----------	--

Für meine Vereidigung gemäß § 12a BRAO mache ich folgende Angaben:

- Ich möchte den Berufseid gemäß § 12a BRAO mit / ohne religiöse Beteuerungsformel leisten.
- Ich möchte aus Glaubens- oder Gewissensgründen keinen Eid, sondern das Gelöbnis gemäß § 12a Abs. 4 BRAO leisten.
- Ich möchte anstelle des Eides gemäß § 12a Abs. 3 BRAO die Beteuerungsformel nach dem (genaue Bezeichnung).....Gesetz leisten.

Die vorstehenden Fragen habe ich in Kenntnis des § 36a BRAO vollständig und wahrheitsgemäß beantwortet.

Gemäß § 6 II EuRAG ist jährlich eine Bescheinigung der im Herkunftsstaat zuständigen Behörde über die Zugehörigkeit zu dem Beruf vorzulegen.

Die Verwaltungsgebühr in Höhe von 200,00 Euro habe ich am \_\_\_\_\_ durch

Überweisung auf das Konto der Pfälzischen Rechtsanwaltskammer Zweibrücken bei der VR Bank Südwestpfalz ( BLZ 542617 00) Kto-Nr. 0104314670

Erteilung einer Einzugsermächtigung

\_\_\_\_\_

entrichtet.

\_\_\_\_\_  
Ort und Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## **Merkblatt für Bewerber, die eine nichtanwaltliche Tätigkeit ausüben**

Die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer ist gemäß § 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nr. 8 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) zu versagen, wenn der Bewerber eine Tätigkeit ausübt, die mit dem Beruf des Anwalts, insbesondere seiner Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege, nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden kann.

Diese Bestimmungen sind mit dem Grundgesetz vereinbar, wie sich aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgericht vom 4. November 1992 (NJW 93/317) ergibt. In diesem Beschluß sind auch die entscheidenden Auslegungsmerkmale für die zitierten Vorschriften genannt:

- Grundsätzlich sind andere Erwerbstätigkeiten neben dem Anwaltsberuf zulässig.
- Unzulässig ist eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst, die mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben und einer Vertretung nach außen verbunden ist. Gegen eine wissenschaftliche Mitarbeit an der Universität bestehen im Allgemeinen keine Bedenken.
- Im Übrigen ist die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer zu versagen, wenn sich die Gefahr einer Interessenkollision deutlich abzeichnet und dieser nicht durch Berufsausübungsregeln begegnet werden kann. Dies hat der Bundesgerichtshof zum Beispiel für den Versicherungsmakler angenommen (NJW 1995, 2357).
- In jedem Fall muss der Anwalt rechtlich und tatsächlich die Möglichkeit, das heißt insbesondere genügend Zeit für eine nennenswerte und nicht nur gelegentliche Beratungs- und Vertretungstätigkeit haben.

Damit die Vereinbarkeit der anderweitigen Tätigkeit mit dem Beruf des Anwalts geprüft werden kann, muß der Bewerber diese Tätigkeit im Einzelnen beschreiben. Bewerber, die in einem ständigen Beschäftigungs- oder Auftragsverhältnis stehen, müssen darüber hinaus darlegen, in welchem Umfang sie durch diese Tätigkeit zeitlich in Anspruch genommen werden. Wir bitten Sie, den Anstellungsvertrag und eine Freistellungsbescheinigung des Arbeitgebers für jede anwaltliche Tätigkeit beizufügen (§ 56 Abs. 2 Nr. 1 BRAO).

Nach § 56 Abs. 2 Nr. 1 BRAO sind Sie auch verpflichtet, dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer unverzüglich anzuzeigen, dass Sie ein Beschäftigungsverhältnis eingehen, oder dass eine wesentliche Änderung eines bestehenden Beschäftigungsverhältnisses eintritt.

**Bitte zurücksenden an:**

Pfälzische Rechtsanwaltskammer Zweibrücken  
Landauer Strasse 17

66482 Zweibrücken

**Einzugsermächtigung  
betreffend Aufnahmegebühr  
einer europäischen Rechtsanwältin bzw.  
eines europäischen Rechtsanwalts  
in die Pfälzische Rechtsanwaltskammer Zweibrücken**

Hiermit ermächtige ich den Vorstand der Pfälzischen Rechtsanwaltskammer  
Zweibrücken , die Aufnahmegebühr in Höhe von 200,00 Euro für den Aufnahme-  
antrag von

Frau / Herrn .....

(Bitte Vor- und Nachnamen in Druckbuchstaben)

von dem Bankkonto

Bankinstitut: .....

Kontonummer: .....

BLZ: .....

Kontoinhaber: .....

einzuziehen.

....., den .....

.....  
Unterschrift des Kontoinhabers